



# WOCHEN SCHAU

POLITIK UND WIRTSCHAFT UNTERRICHTEN

SONDERAUSGABE  
SEKUNDARSTUFE I/II



72. Jahrgang — Nr. 21s — Juli 2021

# Demokratiebildung

## Editorial

### Demokratiebildung

Liebe Leser\*innen,  
 nach einer gewissen Zeit der Ignoranz gegenüber der Tatsache, dass offene Gesellschaften auf die Demokratiekompetenzen ihrer zukünftigen Bürger\*innen angewiesen sind, haben Demokratiebildung, demokratische Schulentwicklung und Unterrichtskultur im bildungspolitischen Diskurs sowie schulischen Vorgaben Hochkonjunktur. Orientierungs- und Handlungsrahmen werden veröffentlicht, Fragen politischer Bildung als schulische Querschnittsaufgaben kehren zurück in die Lehrkräfteaus-, Fort- und Weiterbildung und schulische Kooperationen mit der außerschulischen (politischen) Bildung erfahren von Seiten der Kultusministerien Förderung und Unterstützung.

Aber was verstehen wir unter Demokratiebildung und wie kann sie in Unterricht und Schule gelingen?

Die vorliegende Sonderausgabe der WOCHENSCHAU dreht sich um diese Fragen rund um das Thema Demokratiebildung und damit auch um demokratische Schulentwicklung, Demokratie als Lebensform in der Schule sowie ihr Verhältnis zur politischen Bildung. Die Beiträge widmen sich zum einen konzeptionellen Fragen mit Blick auf Bezüge zur Menschenrechts- und außerschulischen Jugendbildung. Aufgegriffen werden zum anderen aber auch schul- und unterrichtspraktische Aspekte, wenn es um pädagogisches Handeln oder Fragen demokratischer Haltung geht.

Ihre Herausgeber\*innen der WOCHENSCHAU



Die Herausgeber\*innen  
 (v.l.n.r.)  
 Peter Massing,  
 Tessa Debus,  
 Sabine Achour und  
 Bernward Debus

### Inhaltsverzeichnis



**Demokratiebildung: Was ist das? - Politische Bildung, die sich lohnt!**  
 von Sabine Achour \_\_\_\_\_ **4**

Es stellt sich die Frage, was genau unter Demokratiebildung, einer begrifflichen Neuschöpfung insbesondere der Bildungspolitik, an Schulen verstanden werden kann. Exemplarisch wird dafür die Konzeption des entsprechenden Orientierungs- und Handlungsrahmen (OHR) für Berlin/ Brandenburg vorgestellt, an dem die Autorin des Beitrags mitgewirkt hat. Im Anschluss wird anhand ausgewählter Studienergebnisse illustriert, dass Demokratiebildung, wie sie im OHR verstanden wird, auf positive Effekte hinsichtlich politischer Einstellungen von Lernenden schließen lässt.



**Demokratische Schulentwicklung**  
 von Silvia-Iris Beutel, Wolfgang Beutel & Markus Gloe \_\_\_\_\_ **14**

Demokratische Schulentwicklung ist eine Voraussetzung für effektive Angebote und wirksame Strukturen der Demokratiebildung in den Schulen. Um Demokratiebildung zu ermöglichen und zu fördern, muss sie in beweglichen Formen und Arrangements stets in Blick auf demokratische Erfahrungs- und Lernmöglichkeiten hin analysiert und entwickelt werden. Der Beitrag umreißt die für diese Daueraufgabe notwendigen Erfordernisse und die gegenwärtigen Bedingungen sowie unterstützenden Strukturen.



### Die „Reckahner Reflexionen zur Ethik pädagogischer Beziehungen“ – ein Beitrag zur Demokratie als Lebensform von Annedore Prengel **22**

Schulen zeichnet aus, dass sie der gesellschaftliche Ort sind, der von Kindern und Jugendlichen aus allen Gruppierungen der Gesellschaft besucht wird. „Schule muss ein Ort sein, an dem demokratische und menschenrechtliche Werte und Normen gelebt, vorgelebt und gelernt werden“ (KMK 2018, S. 3). Dazu wird in diesem Beitrag ein Vorschlag gemacht, der sich auf die pädagogischen Beziehungen bezieht.



### Der Weg zu mehr Haltung im Kontext von Lehrkräftebildung von Julia und Carsten Koschmieder **26**

Das Bedürfnis nach einfachen Antworten, der Glaube an weltumspannende Verschwörungen und die Verbreitung von Antisemitismus haben während der Coronapandemie zugenommen. Entsprechende Aussagen und Positionen sind und bleiben daher auch in der Schule ein Problem. Vor dem Hintergrund der Wertgrundlage von Schule erörtert dieser Artikel den Bedarf an und die Probleme von angemessener Aus- und Weiterbildung, und zeigt auf, was Schule schon jetzt tun kann und sollte – und wie dabei Stolpersteine überwunden werden können. Anschließend werden zwei aktuell wichtige Verschwörungserzählungen erläutert und deutlich gemacht, wie Lehrkräfte auf konkrete Äußerungen im Unterricht reagieren können.



### Quo vadis Demokratiebildung? Recht auf politische Teilhabe oder Prävention? von Thomas Gill **34**

Im letzten Jahrzehnt ist die Debatte um Prävention im Zusammenhang mit Demokratiebildung immer bedeutsamer geworden. Durch große Bundesprogramme wie „Demokratie leben“ zeigt sich dies seit geraumer Zeit in der außerschulischen politischen Bildung, ist aber ebenso für die Institution Schule relevant sowie für deren Kooperationen mit außerschulischen Akteuren. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, welche Inhalte damit verbunden sind und in welchem Verhältnis Prävention zum Anspruch der Stärkung politischer Teilhabe steht.



### Was verbindet Demokratiebildung und Menschenrechtsbildung? Fünf Ebenen zur Förderung einer Kultur der Menschenrechte von Sören Torrau **42**

Kinder und Jugendliche können sich in schulischen Lernprozessen als Träger eigener Rechte mit Gestaltungsverantwortung kennenlernen. Um eigene Rechte zu verstehen und um demokratische Wertvorstellungen zu entwickeln, können Lehrer\*innen Zusammenhänge zwischen Demokratie und Menschenrechten auf verschiedenen Ebenen gemeinsam mit Lernenden sichtbar machen.



### Kann Schule ein Ort für Demokratiebildung sein? Sozialpädagogische Demokratiebildung in der außerschulischen politischen Jugendbildung – Potentiale für die Schule durch Kooperationen von Alexander Wohnig **48**

Demokratiebildung ist in aller Munde. Im Zuge sich verschärfender gesellschaftlicher Konflikte hat der Terminus Konjunktur. Mit Demokratiebildung ist die Hoffnung verbunden, über Bildung junge Menschen demokratisch zu sozialisieren. Dabei sollen sie (lernen), an demokratischen Strukturen teil(zu)nehmen und sind, so die Annahme, dadurch weniger anfällig für autoritäre antidemokratische Ansprachen.

# Demokratiebildung: Was ist das? – Politische Bildung, die sich lohnt!

Sabine Achour

Die Investition in demokratiebildende Formate lohnt sich. Wenn Schüler\*innen Selbstwirksamkeit erfahren, demokratisch mitbestimmen können, sich mit Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Rechts extremismus auseinandersetzen oder mit politischen Akteuren aus Institutionen, Medien und NGOs diskutieren, lassen sich positive Effekte auf ihre politischen Einstellungen, ihre Partizipation(sbereitschaft) und ihre Anerkennung sozialen Gruppen gegenüber empirisch beobachten. Darauf verweisen die Ergebnisse einer Sonderauswertung der Studie „Wer hat, dem wird gegeben“ (Achour/Wagner 2019<sup>1</sup>), in der 3.400 Schüler\*innen an knapp 100 Schulen bundesweit befragt werden konnten. Zugleich stellt sich allerdings die Frage, was genau unter Demokratiebildung, einer begrifflichen Neuschöpfung insbesondere der Bildungspolitik, an Schulen verstanden werden kann. Exemplarisch wird dafür die Konzeption des entsprechenden Orientierungs- und Handlungsrahmen (OHR) für Berlin/Brandenburg vorgestellt, an dem die Autorin des Beitrags mitgewirkt hat. Im Anschluss wird anhand ausgewählter Studienergebnisse illustriert, dass Demokratiebildung, wie sie im OHR verstanden wird, auf positive Effekte hinsichtlich politischer Einstellungen von Lernenden schließen lässt.

## Revival politischer Bildung als Demokratiebildung... muss auf Dauer gestellt werden

Nach einer langen Zeit mit eher verhaltenem Interesse für die politische Bildung erhält diese insbesondere als Demokratiebildung schulisch, aber auch außerschulisch (s. Programm des BMFSFJ „Demokratie leben“) eine bildungspolitisch gestiegene Aufmerksamkeit. Beigetragen haben dazu nicht zuletzt gesellschaftliche Entwicklungen wie (neu)rechte Diskursverschiebungen, Hass taten und Anschläge, zunehmende Menschenfeindlichkeit und Rassismus, immer sichtbarere autoritärere Einstellungen oder der offensichtliche Hass im Netz (Zick/Küpper 2021, i. E.). Die gestiegene Aufmerksamkeit ist somit auch einem Verständnis von politischer Bildung

als Feuerwehr geschuldet. Dabei muss Bildung zur Demokratie eine Daueraufgabe sein und darf nicht auf Extremismusprävention reduziert oder als solche fehlverstanden werden (BMFSFJ 2020). Nur in diesem Sinne kann politische Bildung als subjektorientierte Förderung von politischer Mündigkeit wirken und als Überlebensbasis offener Gesellschaft fungieren. Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die (Re-)Implementierung von politischer Bildung als Querschnittsaufgabe Demokratiebildung an Schulen und in der Lehrkräftebildung als herausfordernd dar. Schließlich fristete diese wegen anderer Schwerpunktsetzungen insbesondere als Reaktion auf PISA eher ein Schattendasein an den Schulen. So verwundert es nicht, dass sich aktuell weder das Gros der aktiven Lehrkräfte (Schneider/Gerold 2018) noch der angehenden im Studium gut für diese Aufgabe ausgebildet fühlen (Dipplhofer 2019). Es ist zu hoffen, dass sich das momentane bildungspolitische Engagement für die Demokratie verstetigt und auch nicht in Frage

<sup>1</sup> Die Studie wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegeben und konnte im Rahmen des Projektes „Demos Leben“ (<https://demosleben.hypothesos.org>) durchgeführt werden, welches von der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie seit 2019 gefördert wird.

gestellt wird mit Blick auf vermeintlich bedeutungsvollere, arbeitsmarktaugliche Employability der Schüler\*innen, wenn es um das Reagieren auf Konsequenzen der Covid-19-Pandemie geht. Demokratieskeptische Pandemie-Leugner\*innen und der Auftrieb von Verschwörungsglauben mit seiner Mixtur aus Rechtsextremismus und Antisemitismus zeigen deutlich (Zick/Küpper 2021 i. E.), dass wir für die Post-Corona-Zeit junge Menschen darin bestärken müssen, sich für Demokratie – und zwar in allen Lebensbereichen – einzusetzen.

### Politische Bildung – Demokratiebildung: Wovon sprechen wir?

Die Kultusministerkonferenz erneuerte 2018 ihre Vorgaben zum Beschluss „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“.

„Ziel der Schule ist es (...), das erforderliche Wissen zu vermitteln, Werthaltungen und Teilhabe zu fördern sowie zur Übernahme von Verantwortung und Engagement in Staat und Gesellschaft zu ermutigen und zu befähigen. Es ist ihre Aufgabe, entsprechende Lerngelegenheiten in unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Handlungs- und Anforderungssituationen zu organisieren. Die gelebte Demokratie muss ein grundlegendes Qualitätsmerkmal unserer



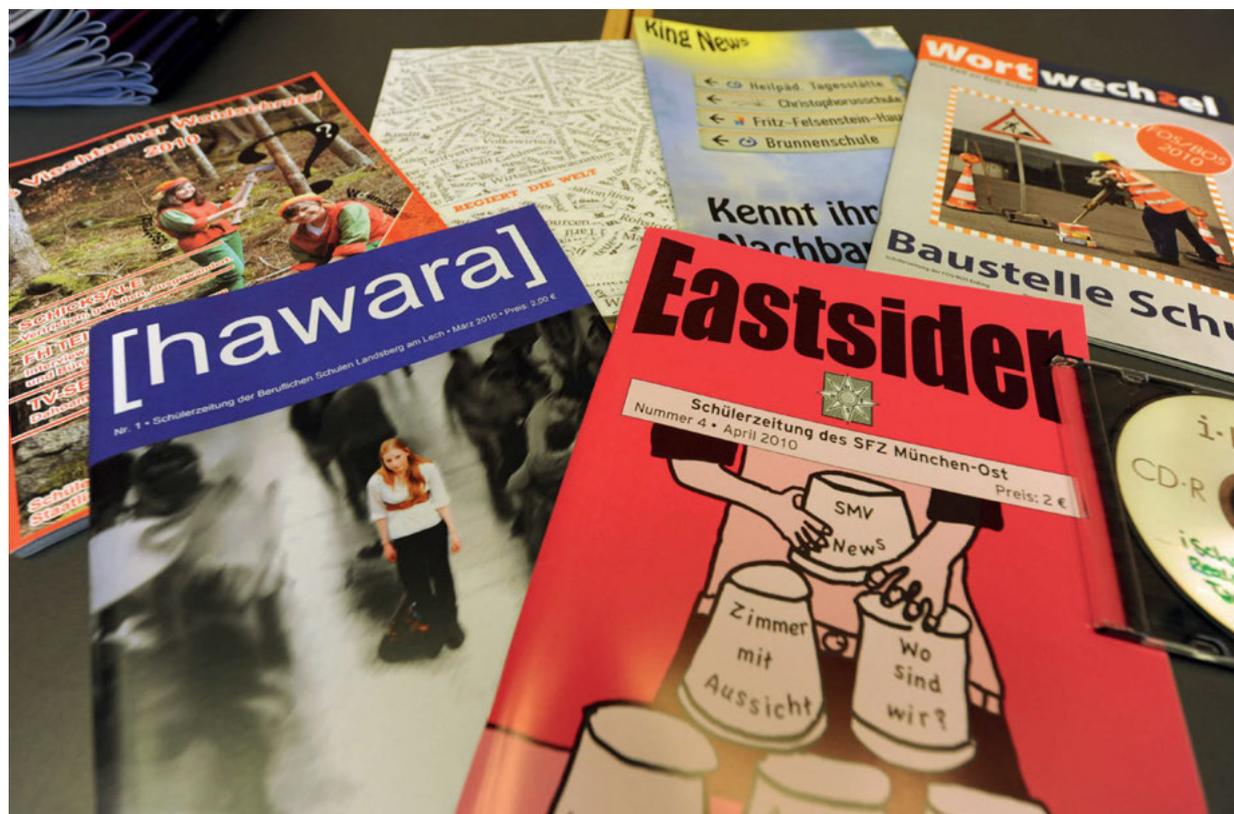
Sabina Achour ist Professorin für Politikdidaktik und Politische Bildung an der FU Berlin und Mitherausgeberin der WOCHENSCHAU.

Schulen sein. Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich eine demokratische Schul- und Unterrichtsentwicklung als Querschnittsaufgabe.“ (KMK 2018, 4)<sup>1</sup>.

Im Kontext dieser Aktualisierung sind in verschiedenen Bundesländern Vorgaben erneuert oder auch neue Orientierungs- und Handlungsrahmen konzipiert worden<sup>2</sup>, um die Bildung zur Demokratie als Whole-School-Approach-Ansatz in Unterricht und Schule (wieder stärker) zu verankern. Der Begriff Demokratiebildung „hängt“

<sup>1</sup> Kultusministerkonferenz: „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 6.3.2009 i. d. F. vom 11.10.2018)

<sup>2</sup> Neben Berlin/ Brandenburg z. B.: Baden Württemberg ([https://www.schule-bw.de/themen-und-impulse/migration-integration-bildung/vkl\\_vabo/vkl/demokratiebildung/curriculum/km\\_demokratieerziehung.pdf](https://www.schule-bw.de/themen-und-impulse/migration-integration-bildung/vkl_vabo/vkl/demokratiebildung/curriculum/km_demokratieerziehung.pdf)) und Sachsen-Anhalt ([https://mb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesjournal/Bildung\\_und\\_Wissenschaft/MBLSAURL-Dokumente/Handlungsleitfaden-Demokratiebildung\\_1\\_Auflage.pdf](https://mb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesjournal/Bildung_und_Wissenschaft/MBLSAURL-Dokumente/Handlungsleitfaden-Demokratiebildung_1_Auflage.pdf))



allerdings begrifflich und konzeptionell zwischen der politischen Bildung und Demokratiepädagogik. Was genau lässt sich unter Demokratiebildung verstehen? Im 16. Kinder- und Jugendbericht wird bspw. politische Bildung als Demokratiebildung verstanden, die Demokratiepädagogik hingegen sieht in der Demokratiebildung ebenfalls eine hohe Anschlussfähigkeit bzw. eigene Weiterentwicklung. Die Demokratiepädagogik fokussiert für den schulischen Bereich insbesondere lebensweltliche Demokratieerfahrungen und Demokratie-Lernen jenseits des Faches Politik, als Unterrichts- und Schulprinzip und hebt auf entsprechende Formate in der Tradition der Reformpädagogik ab: Klassenrat, kooperative Lernformen, Service Learning, Projektlernen, Schüler\*innenfirmen, Juniorwahlen, „interkulturelle“ Begegnungen (Sliwka 2008). Bisweilen zeichnet sich bei dem Versuch der konzeptionellen Erfassung von Demokratiebildung auch die alte Kontroverse zwischen Politikdidaktik und Demokratiepädagogik (Edelstein, Beutel, Fauser) der 1990er/2000er Jahre ab. So warf letztere – insbesondere als Reaktion auf den damals zunehmenden Rechtsextremismus – der ersteren vor, v. a. ein institutionenkundliches, abstraktes politisches Lernen zu verfolgen, welches zu wenig subjekt- und jugendorientiert sowie kaum partizipationsfördernd sei und Politikverdrossenheit so eher noch verstärken könne. Demokratie-Lernen hingegen fördere das soziale Lernen in der Schule als Institution einer demokratischen Gesellschaft im Kleinen (embryonic society: John Dewey). Die Politikdidaktik (Peter Massing, Georg Weißen) kritisierte dagegen hinsichtlich des Ansatzes der Demokratiepädagogik die Verwendung diffuser Begrifflichkeiten, die Entpolitisierung der politischen Bildung (als soziales Lernen) und die Gefährdung des Faches, wenn sich die politische Bildung als Schulprinzip auflöse (Tilman Grammes 2020). Insbesondere für politische Bildner\*innen aus dem außerschulischen Feld ist diese Differenzierung weniger nachvollziehbar und Grundsätze der Demokratiepädagogik wie Subjektorientierung, Selbstwirksamkeits- und Handlungserfahrungen gelten als Qualitätsstandards der Bildungsarbeit. Schon damals existierten Vertreter\*innen (Sibylle Reinhardt, Peter Henkenborg, Tilman Grammes, Gerhard Himmelmann), die sowohl Politik- als auch Demokratie-Lernen als sich ergänzend erachteten. Dieses kooperative Verständnis zeichnet letzten Endes wohl am Treffendsten das aktuelle Konzept der Demokratiebildung aus, mit welchem sich auch politische Bildung jenseits des Faches als Unterrichts- und Schulprinzip beschreiben lässt (Achour/Meyer-Heidemann 2020): Das lebensweltliche, soziale Demokratie-Lernen in Verbindung mit den politikdidaktisch domänenspezifischen Fähigkeiten der Analyse-, Urteils- und

Handlungskompetenz wie des Konzeptwissens (z. B. Fach- und Basiskonzepte) bzw. darüber hinaus entsprechende affine Kompetenzen aller gesellschaftswissenschaftlichen Fächer. Abgesehen von einzelnen Disziplinen eröffnet Demokratiebildung den Lernenden Räume und Gelegenheiten, selbstständiges politisches, soziales, kommunikatives sowie partizipatorisches Handeln zu realisieren und steht daher mit etlichen anderen Bildungskonzepten in einem engen Zusammenhang (s. Abb. 1).

### Abb. 1: Affine Bildungskonzepte zur Demokratiebildung

Demokratiebildung wie auch politische Bildung stehen in einem engen Verhältnis mit weiteren Bildungsansätzen, die sich überschneiden, spezifizieren, ergänzen und selten konzeptionell voneinander klar getrennt sind (s. Kasten) und zu denen selbst Handlungsrahmen existieren.

- ▶ Diversity-Education/
- ▶ antirassistische Bildung/„interkulturelles Lernen“
- ▶ Bildung für Nachhaltige Entwicklung/ Globales Lernen
- ▶ Menschenrechtsbildung
- ▶ Friedensbildung
- ▶ Historisch-politische Bildung/Holocaust-Education
- ▶ Europabildung
- ▶ Bildung für sexuelle Vielfalt/Gender Mainstreaming
- ▶ Medienbildung
- ▶ Berufs- und Studienorientierung,
- ▶ Gesundheitsförderung,
- ▶ Kulturelle Bildung,
- ▶ Gewaltprävention,
- ▶ Mobilitätsbildung und Verkehrserziehung,
- ▶ Verbraucherbildung
- ▶ Etc.

### Ziele & Kompetenzen der Demokratiebildung Ein Beispiel: Der Orientierungs- und Handlungsrahmen Berlin/ Brandenburg

Das kooperative und ergänzende Verhältnis von Politischer Bildung und Demokratiebildung lässt sich am Orientierungs- und Handlungsrahmen für Berlin und Brandenburg skizzieren. Übergeordnete Zielsetzung ist, dass Schüler\*innen Fähigkeiten erwerben, um schulische, gesellschaftliche und politische Probleme, Entscheidungen und Handlungsoptionen analysieren und beurteilen zu können. Darüber hinaus liegt ein weiterer Schwerpunkt beim gesellschafts- und politikbezogenen Kommunizieren und Handeln: Lernende werden befähigt